

Kurzzusammenfassung

Die Produktion tierischer Nahrungsmittel in der EU ist hauptverantwortlich für zahlreiche Umweltprobleme der Landwirtschaft wie Klimawandel und Biodiversitätsverlust. Die Masterarbeit folgt der Frage, wie man die Produktion tierischer Nahrungsmittel auf EU-Ebene mit dem verbindlichen Umweltvölkerrecht des Pariser Abkommens und der Biodiversitätskonvention in Einklang bringen kann. Ein Überblick über existierende EU-politische Instrumente aus den Bereichen Agrar- und Klimapolitik, Ökolandbau, Luft- und Gewässerschutz verdeutlicht, dass diese in derzeitiger Form keine nachhaltige Produktion tierischer Nahrungsmittel gewährleisten können. Es werden daher zwei innovative Mengensteuerungsansätze erarbeitet, welche die Tierhaltung über ihre Treibhausgasemissionen begrenzen: ein Emissionshandel und eine klimadefinierte Flächenbindung. Beide Instrumente werden anhand einer qualitativen Governance-Analyse auf typische Steuerungsprobleme hin verglichen. Priorisiert man das Pariser Temperaturziel, erweist sich der Emissionshandel als das geeignetere Instrument, da es statt auf Ebene der Tierhalter*innen beim verarbeitenden Gewerbe ansetzen kann und damit einen effektiven Vollzug des Instruments deutlich wahrscheinlicher macht.

Schlagworte Mitigation; Tierhaltung; Landwirtschaft; Emissionshandel; Flächenbindung